

Wir lehnen die Wehrpflicht ab

Die Linke lehnt diesen massiven Eingriff in das Leben junger Menschen ab und setzt sich darum auf Bundesebene für die vollständige Streichung der Wehrpflicht aus dem Grundgesetz ein.

Auf Landesebene stellen wir uns klar und entschieden gegen die Kooperationsvereinbarungen von Schulen mit der Bundeswehr.

Als Linke Pankow fordern wir die Auflösung der Partnerschaft des Bezirksamtes mit der 1. Kompanie des Wachbataillons des Bundesministeriums der Verteidigung und die Untersagung einer Teilnahme der Bundeswehr an Kinderfesten sowie Ausbildungsmessen im Bezirk.

Jungen Menschen darf nicht ihre Selbstbestimmung genommen werden! Daher steht die Linke geschlossen und selbstverständlich an der Seite aller, die sich gegen die Wehrpflicht aussprechen!

Wie kannst du verweigern?

Du hast Post von der Bundeswehr und fragst dich, was das nun für dich bedeutet? Wir lassen dich damit nicht allein! Wir bieten eine Beratung zur Wehrpflichtverweigerung an – kostenlos und vertraulich!

Schreib uns und informiere dich: verweigern@die-linke-pankow.de
Oder schlag selbst nach in unserem Wehrpflicht-FAQ:



V.i.S.d.P.: Jonas Teune, Die Linke Pankow,
Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
Fotos: © Olaf Kostritz, © Andreas Domma



**Kein Bock
auf
Bundeswehr?
Wir helfen dir!**



Dank CDU und SPD: Die Wehrpflicht ist zurück

CDU und SPD haben die Weichen für die Rückkehr der Wehrpflicht gestellt und wir erleben eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft. Krieg und Aufrüstung werden normalisiert und die Bundeswehr profitiert von chronisch unterfinanzierten Jugendangeboten und dem massiven Fachkräftemangel im Schulsystem. Im Haushalt sucht man vergeblich nach den notwendigen Mitteln, um die gesellschaftlichen Missstände zu beheben. Währenddessen werden für die Bundeswehr in kürzester Zeit umfangreiche neue Strukturen geschaffen und der Verteidigungsetat erreicht mit rund 125 Milliarden Euro einen neuen Höchststand.



„In überfüllten Klassen, maroden Schulen und Armut erscheint die Aussicht auf eine eigene Wohnung, den Führerschein und ein Studium durch die Bundeswehr als vergleichsweise attraktives Angebot. Die zunehmenden Gefühle der Unsicherheit, Angst und Ohnmacht unter Jugendlichen dürfen nicht zur und Rekrutierung für die Bundeswehr genutzt werden!“

Desirée Becker

MdB, friedenspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag

Bundeswehr an Berliner Schulen

Der schwarz-rote Berliner Senat verschafft der Bundeswehr einen privilegierten Zugang zu Schulen. Auch in Pankow darf die Bundeswehr an Kinderfesten und an Ausbildungsmessen teilnehmen, obwohl sich Pankow als Kinderfreundliche Kommune der Vereinten Nationen im besonderen Maße der Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet hat. Seit Jahren werden junge Menschen direkt und indirekt von der Bundeswehr angeworben. Die Zahl der Minderjährigen in der Bundeswehr steigt und machte 2025 rund 12,5 Prozent aller neuen Soldatinnen und Soldaten aus.

UN kritisieren Rekrutierung bei Kindern

Die Aufgabe staatlicher Institutionen ist es, Kindern eine verlässliche Rahmensetzung für eine eigenständige Meinungsbildung und informierte Entscheidungen zu geben – insbesondere in Zeiten geopolitischer Sicherheitsfragen. Die Vereinten Nationen kritisieren Deutschland regelmäßig wegen der Rekrutierung von Minderjährigen in den Militärdienst durch Formate, die an Kinder als Zielgruppe gerichtet sind oder in Kontexten stattfinden, die für Kinder konzipiert wurden.

„Auf Kinderfesten hat die Bundeswehr nichts verloren und auch auf Ausbildungsmessen und in Schulen sollte sie nicht vertreten sein. Die Bundeswehr kann weder objektiv noch glaubwürdig die Vielfalt der unterschiedlichen Ansätze und Meinungen zur Wehrpflicht, zum Auftrag der Bundeswehr, zur Außen- und Sicherheitspolitik oder den persönlichen Risiken darstellen.“

Maria Bigos

Jugendpolitikerin und Direktkandidatin für das Berliner Abgeordnetenhaus



„Die Bundeswehr ist kein Ausbildungsbetrieb, wie jeder andere auch. Man wird ausgebildet, um zu töten und kann selbst getötet werden. Versuche, diese Tatsache zu relativieren oder zu normalisieren, müssen unterbunden werden. Die privilegierte Einflussnahme der Bundeswehr auf Minderjährige ist nicht mit den Grundsätzen der politischen Bildung vereinbar.“

Lukas Beischer

Kandidat für die Bezirksverordnetenversammlung Pankow